BERNBURGER KURIER

Mitteldeutsche Zeitung

WOCHENENDE, 21./22. NOVEMBER 2020 UNABHÄNGIG & ÜBERPARTEILICH EINZELPREIS 1,80 EUR

BERNBURG Kreisverwaltung will Kauf von CO2-Ampeln vorantreiben. **SEITE 7**

BERNBURG SOS-Kinderdorf übernimmt altes Rittergut am Nienburger Tor. **SEITE 9**

KÖNNERN Schiedsperson für die Stadt spricht über jahrelange Streitigkeiten. **SEITE 14**

SCHNELL ERKLÄRT

Schnäppchen am Black Friday

Black Friday ist der Brückentag nach Thanksgiving, das die USA am vierten Donnerstag im November feiern. Für sie ist der Tag der Start in den Weihnachtseinkauf. In Deutschland findet er in größerem Rahmen und mit vielen Sonderangeboten seit 2013 statt. › **Wirtschaft**

GEDANKEN ZUM TAG

„Wenn man gebraucht wird, rieseln Komplimente wie Konfetti."

Toni Impekoven
deutscher Komiker

TIPP DES TAGES

Es ist zum Heulen

Jeder Mensch weint. Die einen häufiger, die anderen weniger. Die Gründe dafür können ganz unterschiedlich sein. Aber was sind das überhaupt für Tropfen, die aus unseren Augen quellen? Erfahre mehr über Drüsen, Flüssigkeiten und Kanäle in unserem Gesicht. › **Galaxo**

WETTER AM SAMSTAG

6° | 4°

Morgens Mittags Abends

WETTER AM SONNTAG

10° | 6°

Morgens Mittags Abends

Heute auf MZ.de

Weihnachtsbaum
Fichte, Tanne, Kiefer - was soll es werden?

›› www.MZ.de/leben

Ihr Kontakt zu uns

MZ.de/facebook
MZ.de/twitter
MZ.de/whatsapp
Delitzscher Straße 65, 06112 Halle
redaktion.leserbriefe@mz.de

Aboservice
0345 565-2233
Mo.-Fr. 6-19, Sa. 6-14 Uhr
Redaktion
0345 565-4240

31. Jahrgang – Nr. 271 – F 9422

4 190943 801805 60347

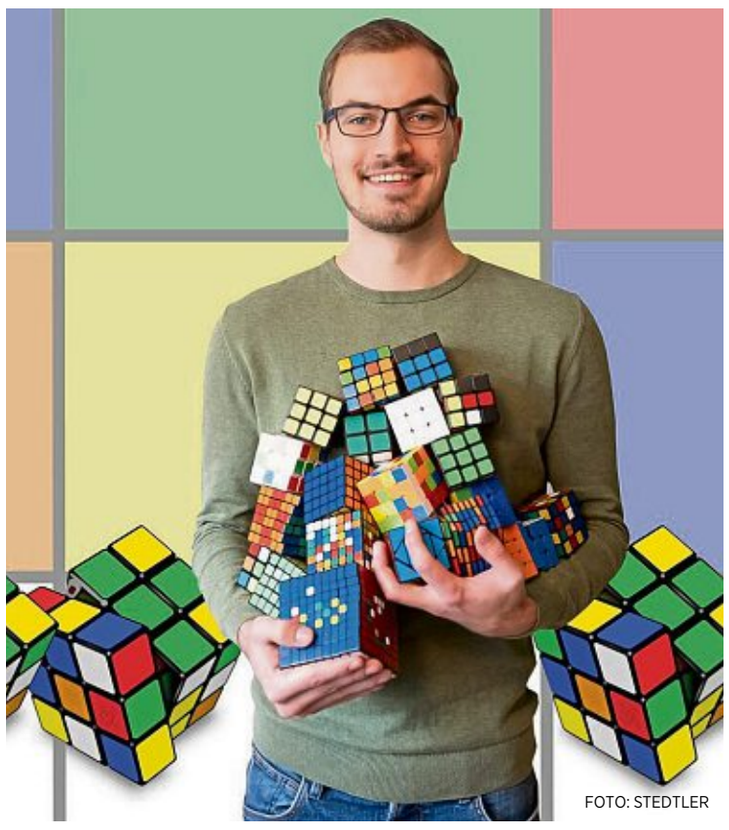

FOTO: STEDTLER

Blick

DAS WOCHENENDMAGAZIN

Verzwickt, aber lösbar

Während sich mancher schon in den 80ern die Zähne am Zauberwürfel ausgebissen hat, löst der Wittenberger Lukas Rettler (li.) das Rätsel in nur sieben Sekunden. Das Beste daran: Als angehender Lehrer gibt er sein Fachwissen gern weiter.
Wie die Probleme Klimawandel, Artensterben und Pandemien einander bedingen, weiß der hallesche Forscher Professor Josef Settele. Er erklärt den Zusammenhang anhand der Insekten, etwa Bienen. › **Blick**

FOTO: ADOBE STOCK

Der Attentäter soll zahlen

HALLE-ANSCHLAG Opfer des Rechtsterroristen Stephan B. fordern Schadenersatz für ihr Leiden. Darunter ist auch das in Wiedersdorf niedergeschossene Paar.

VON HAGEN EICHLER

MAGDEBURG /MZ - Fünf durch den Terroranschlag von Halle geschädigte Opfer wollen im Strafprozess gegen den Attentäter zugleich Schadenersatz erstreiten. Ihre Forderungen gegen den Rechtsterroristen Stephan B. haben sie jetzt bei Gericht eingereicht. Darunter sind auch Dagmar M. und Jens Z., die der flüchtende Täter in Wiedersdorf (Saalekreis) niedergeschossen hatte.

Beide sind seither gesundheitlich schwer angeschlagen, sie leben in ständiger Angst und sozialer Isolation. Auf eine konkrete Summe hat sich ihr Rechtsanwalt Florian Feige nicht festgelegt. „Der Schaden ist überhaupt noch nicht bezifferbar", sagte er der MZ. Es gehe vorerst darum, die Verantwortung des Täters grundsätzlich festzustellen.

Schadenersatz fordert auch ein Überlebender der Schießerei im halleschen Kiez-Döner. Er kam davon, weil der Terrorist mit Ladehemmungen kämpfte. Der Mann kann aus Angst kaum die Wohnung verlassen und wird von Schuldgefühlen bedrückt, weil er das spätere Todesopfer Kevin Schwarze in den Imbiss mitgenommen hatte. Mindestens 80.000 Euro fordert Rechtsanwältin Doreen Blasig-Vonderlin für ihren Mandanten.

Zu den Antragstellern zählen zudem zwei Polizeibeamte, die sich mit dem Angreifer einen Schusswechsel geliefert hatten. Mindestens 3.000 Euro Schadenersatz fordert eine 33-jährige Polizeikommissarin, mindestens 4.000 Euro ein ebenfalls 33-jähriger Polizeimeister. Zusammen mit einem dritten Kollegen waren sie am 9. Oktober 2019 unter Beschuss geraten. Körperliche Verletzungen erlitten sie nicht, allerdings stellten Ärzte jeweils posttraumatische Belastungsstörungen fest. „Mein Mandant litt unter innerer Unruhe, Schlafstörungen und einer Amnesie für die Sekunden des Schusswechsels", erklärt der Leipziger Rechtsanwalt Jan Siebenhüner. Bis heute schwer beeinträchtigt ist der dritte beteiligte Polizeibeamte, ein 51 Jahre alter Polizei-Obermeister. Nach MZ-Informationen ist der Mann zusätzlich durch private Schicksalsschläge aus der Bahn geworfen worden. Er hat keine Ansprüche geltend gemacht.

> „Der Schaden ist noch nicht bezifferbar."
>
> **Florian Feige**
> Rechtsbeistand zweier Opfer

Für die Anwaltskosten der Kommissarin kommt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf, der sie angehört. Laut GdP sind bereits 25.000 Euro angefallen. Landesvorsitzender Uwe Bachmann hält aber eigentlich das Land für zuständig. „Als Nebenklägerin bekommt die Kollegin vom Land gar nichts. Das hat uns total schockiert", sagt Bachmann.

Tatsächlich gewährt das Innenministerium dienstlichen Rechtsschutz nur unter sehr restriktiven Bedingungen. Voraussetzung ist unter anderem, dass ein dienstliches Interesse an der Verteidigung besteht und dass die Verauslagung der Kosten durch den Beamten wegen der Höhe unzumutbar sind. Zudem fühlt sich das Land nur dann zuständig, wenn ein Beamter keinen eigenen Rechtsschutz hat, etwa durch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Das gilt selbst dann, wenn ein Polizist einen Terroristen niederschießt und dann das zwingend erforderliche Ermittlungsverfahren beginnt. Die Polizeigewerkschaften üben an diesen Regeln scharfe Kritik. „Wenn der Polizist für seinen Dienstherren seine Haut zu Markte trägt, muss der auch für die Verteidigung aufkommen", fordert Olaf Sendel, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Auch die GdP sieht das so.

Sollte das Gericht Schadenersatzansprüche bestätigen, könnte der mittellose Stephan B. nicht zahlen. Allerdings könnten die Opfer noch 30 Jahre auf eventuelles Vermögen zugreifen. Dazu zählen mögliche Erbschaften, aber auch das Einkommen, falls der Verurteilte in Sicherungsverwahrung einer Arbeit nachgeht.

CORONA-PANDEMIE

Haseloff will Hilfe sichern

MAGDEBURG/MZ - Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) fordert im Falle eines verlängerten Corona-Lockdowns neue Wirtschaftshilfen. „Das ist eine ganz klare Geschichte", sagte der amtierende Bundesratspräsident am Freitag. Weitere Einschränkungen könne es nur geben, „wenn es auch Dezemberhilfen gibt". Geld für November kann ab Mittwoch beantragt werden. › **Seiten 2, 6**

BMW-WERK

Mini wird ein Leipziger

LEIPZIG/MZ - Der Autobauer BMW verlagert einen Teil der Mini-Produktion der britischen Tochter nach Leipzig. Ab dem Jahr 2023 soll das Nachfolgemodell des SUV-Mini Countryman im sächsischen Werk produziert werden, teilte der Autokonzern mit. Das neue Mini-Modell soll sowohl als elektrische Variante als auch mit Verbrennungsmotor auf den Markt kommen. › **Seite 6 und Wirtschaft**

ANSICHTSSACHE

Noch mal Glück gehabt

Fast wäre jemand Bürgermeister geworden, der das gar nicht wollte.

In der baden-württembergischen Gemeinde Fröhnd herrscht dicke Luft: Ohne jeden Gegenkandidaten ist Amtsinhaberin Tanja Steinebrunner bei der Bürgermeisterwahl durchgefallen. Ein Großteil der Wähler schrieb einfach den Namen des Gemeinderats Stefan Keller auf den Stimmzettel. Das Dumme an der Sache, der Mann hatte gar nicht kandidiert. Macht nichts, Keller erhielt auf diese Weise 124, Steinebrunner 87 Stimmen.

Glück im Unglück - für Keller: Er verfehlte die absolute Mehrheit. Damit ist er nicht gewählt worden. Genau wie Steinebrunner, die darüber allerdings eher sauer sein dürfte. Und nun? Nun wird am Sonntag erneute in Fröhnd gewählt. Diesmal hat die Amtsinhaberin zwei Gegenkandidaten, Keller ist nicht darunter. Aber das hat in dem 500-Seelen-Ort ja nichts zu sagen.

Fröhnd wählt. Aber wen? FOTO: DPA

Also, liebe Leute, immer mal im Rathaus nachfragen, ob in letzter Zeit irgendwer für irgendwas gewählt wurde. Dann ist der Schreck nicht so groß, wenn einem eine Ernennungsurkunde ins Haus flattert. Lutz Würbach

PANDEMIE

Massentests gegen Corona

BOZEN/DPA - Immer mehr Staaten und Regionen in Europa setzen im Kampf gegen die Pandemie auch auf Massentests: Im italienischen Südtirol lief eine dreitägige, kostenlose Reihenuntersuchung an. Die Slowakei bereitet für 2. Dezember zum wiederholten Mal eine landesweite Corona-Massenuntersuchung vor. Österreich kündigte für Anfang Dezember erste Massentests unter Lehrern und Polizisten an. › **Seite 4**